

Zeitung der deutschen Kommunistischen Partei Kiel
Ausgabe 01/21





Inhalt

- 2. Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeit Gespräch zwischen Siggi und Axel
- Normaler Wahnsinn im Gesundheitswesen O-Ton zum Pflegealltag
- 4. Kaputt gespartes Gesundheitswesen am Limit Was zum Gesundheitswesen
- 6. Gemeinsam kämpfen oder getrennt untergehen? Aktuelles zur Tarifrunde M+E
- 8. Geringverdiener sind die größten Verlierer der derzeitigen Krise Aufruf fürZero-Covid

Termine

Wir treffen und einmal im Monat um 18:30. Die nächsten Treffen sind an folgenden Tagen geplant:

26.03. 07.04. 05.05. 02.06.

Sofern wieder Präsenssitzungen möglich sind finden sie im Kollhorst e.V. Kollhorster Weg I 24109 Kiel statt. Bei Nachfragen eine eMail an info@dkpkiel.de

Ostermarsch am 03.04.21

Mehr Infos dazu unter: www.kieler-friedensforum.de

> Mehr über die DKP Kiel findest du unter: www.dkpkiel.de

ViSdP: Eva Börnig, Kastanienallee 20, Kiel

Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeit

Gespräch zwischen Siggi und Axel

Siggi: Jetzt bin ich schon wieder arbeitslos genauso wie am Anfang des Jahres, hat mein Chef uns wieder rausgeworfen und verspricht, wenn der Lockdown vorbei, ist können wir alle wieder arbeiten. Er bekommt die Unternehmenshilfen und wir, die 450 Euro Jobber, die für ihn arbeiten, bekommen gar nix.

> Axel: Ja bei mir ist auch richtig schwierig, meine Kinder können nicht in die Kita und wie soll ich arbeiten, wenn ich keine Betreuung hab.

S: ...und nicht mal mehr mein kleiner Zuverdienst über die Nachbarschaftshilfe geht noch. Ich hab ja vorher für ,nen paar ältere Leute geputzt, aber die haben jetzt als Risikogruppe auch Angst und lassen auch keinen mehr bei sich rein.

> A: Ich hab auch Angst, dass der Vermieter mich rausschmeißt, wenn ich nicht zahlen kann. Das ist so dermaßen Kräfte zehrend, ich kann einfach nicht mehr. Ich fühle mich da einfach so hilflos, und irgendwie verschwimmt der Tag so, hab keinen Tagesrhythmus mehr.

S: Ja das ist echt 'ne Frechheit, das wir die ganze Last tragen müssen und uns halt nicht geholfen wird.

Warum geht z.B. das Geld nicht direkt an die Beschäftigten, sondern an die Unternehmer?

Warum gibt's noch Jobs, wo der Chef keine Sozialbeiträge zahlt und es keinen Kündigungsschutz gibt? Warum bekommen Kitas und Schulen keine Luftfilter?

> A: Weil hier halt nur die Kapitalisten zählen und nicht wir.

Weitere Infos gibt es auf Seite 8

Normaler Wahnsinn im Gesundheitswesen (im Pflegealltag)

Arbeiten in einer Gerontopsychiatrie (Ein- sundheit bleibt da leider nichts. richtung für ältere Menschen mit psychiat- Da fragt man sich schon, wie das passieren rischer Erkrankung) während der Corona-Pandemie:

Gesundheitswesen | O-Ton

Ständig werden neue Verordnungen an das sellschaft mit vernünftiger Schutzkleidung Heim gestellt. Wir mussten innerhalb kür- auszurüsten und für ausreichend Personal zester Zeit eine Quarantäne-Station ein- zu sorgen? Es werden doch Milliarden aus richten. In diesem Fall war es gut, dass wir dem Steueraufkommen Aller in die Rüstung eine Station nicht belegt hatten, weil es und die großen Konzerne geballert. Wie dafür an Personal fehlte. Also konnten wir zwar diese Station entsprechend einrichten, hatten ja aber weiterhin kein Personal fit, auch im Gesundheitswesen, denn das ist um diese zu besetzen. Aber das war ja dem längst überwiegend privatisiert. Aktionäre Gesundheitsamt egal. Wichtig war, dass wir diese Quarantänestation vorweisen konnten. Ebenso wenig interessierte es das Amt, dass für die Gesundheit zuständig ist, dass Wenn jedoch dieses menschenverachtende "höchste Risikogruppe" auf engstem Raum leben musste.

Unterarmen herum.

sollten möglichst schnell wieder belegt werden, da es sonst keine Kohle gibt. Das pasmacht werden.

konzerne wie Lufthansa, Adidas, Puma, SIX, geschwiegen. ThyssenKrupp etc. gepumpt - für die Ge-

kann. Ist dieses Land so arm, dass es nicht möglich ist, die sogenannten Helden der Gepasst das nur zusammen?

Es passt so zusammen: erst kommt der Pround andere Anleger werden befriedigt, dann erst kommt der Mensch.

andere Heime nicht so eine freie Station Profitsystem aufgedeckt und kritisiert wird, wie wir hatten und aus 2-Bett-Zimmern, dann sind die Konzernbosse sofort aufge-4- Bett- Zimmer "zauberten", so dass die scheucht und schlagen um sich. Aber nicht die katastophalen Zustände werden angegangen und beseitigt. Beseitigt werden die Als dann die Schutzausrüstung bei uns im- Pflegekräfte, die im Interesse der Patienten mer knapper wurde, liefen wir schnell mit und des Krankenhauspersonals diese Miss-Engelhemdchen, die man aus Krankenhäu- stände aufdecken und Abhilfe verlangen. So sern kennt, Kaffeefiltern über Mund und z.B. beim Asklepios-Konzern in Hamburg. Nase, sowie mit Plastik-Überziehern, die Dort wurde der Pflegekraft Romana Kneman aus der Veterinärmedizin kennt, an den zevic gekündigt, weil sie als Sprecherin der Hamburger Krankenhausbewegung über die Frei gewordene Zimmer wurden nicht ge- unmenschlichen Zustände in den Kliniken nutzt, um eine Reserve zu haben, sondern berichtet hat. Wie auch an anderen Stätten, werden dort Patientinnen im Sterben allein gelassen, weil Abteilungen unterbesetzt sind siert, wenn Profite mit der Gesundheit ge- und/oder die Pflegekräfte in anderen Bereichen aushelfen müssen, die zur Steigerung Und das alles ist nur die Spitze des Eis- des Profits totgespart wurden. Obwohl bergs: es kann niemand behaupten, es wäre die Kolleginnen mit Gefährdungsanzeigen für diesen Staat nicht möglich, allen Bürg- die Geschäftsführung immer wieder auf erlnnen kostenfrei ausreichend Masken zur die Probleme aufmerksam gemacht haben, Verfügung zu stellen! Es ist einfach nicht ge- wurden die Zustände von den Verantwortwollt, denn es werden ja Milliarden in Groß- lichen im wahrsten Sinne des Wortes tot-

Kaputt gespartes Gesundheitswesen am Limit

oder Für den Profit geht das Kapital über Leichen

Milliarden für neues Kriegsgerät, Milliardenhilfen für Konzerne, dafür ist massenhaft Geld da, sogar die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse wurde dafür ausgesetzt.

Trotz Pandemieplan, der regelt, was für eine Pandemie vorzuhalten ist, herrscht immer noch Mangel überall: Schutzausrüstungen, Masken, Personal...

Nun gibt es nach hektischer Betriebsamkeit der Regierung, durch Erlasse und ständig neuer Verordnungen (zum großen Teil unter Umgehung der Parlamente) aber offensichtlich immer noch keinen effektiven Plan, um die Pandemie einzudämmen und aus der Krise des Gesundheitswesens herauszukommen.

Die Zeit seit dem Frühjahr wurde nicht genutzt, um den vorhersehbaren Anstieg von Infektionen mit dem Corona-Virus im Herbst mit wirksamen Maßnahmen entgegen zu steuern.

Masken sind immer noch nicht ausreichend vorhanden, Schutzausrüstungen fehlen vor allem in den Alten- und Pflegeeinrichtungen, Testkapazitäten können mangels Personal nicht umgesetzt werden,

Impfdosen stehen in nicht ausreichender Menge zur Verfügung und sollen nun nach Stufenplan durchgeführt werden - aber auch dafür fehlt es an geschultem Personal!

Das Gesundheitswesen wurde mit Einführung der Fallpauschalen gewollt auf Ökonomisierung gesetzt. Nicht mehr der/die Patient*in steht im Vordergrund, sondern der Profit!

Die Folgen sehen wir jetzt wie unter einem Erlös höherer Profite. Brennglas.

In einer Konferenz gab der Verein Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) unlängst be-



Allein in diesem Jahr wurden Klinikschlie-Bungen durch die Bundesregierung mit etwas 750 Millionen Euro gefördert! Seit dem Frühjahr 2020 wurden bereits 12 Kliniken geschlossen, mit 3400 Betten und 6000 Beschäftigten! Weitere 19 Kliniken sind im Fokus und sollen "abgewickelt" werden.

Die Bertelsmann-Stiftung und die Wirtschaftsakademie Leopoldina, die für ihre Privatisierungswünsche bekannt sind, empfehlen der Bundesregierung die weitere Klinikkonzentration zu "leistungsfähigen Zentren", mit mehr "Qualität" und damit dem

Diesem Treiben muss ein Ende gesetzt werden! Einrichtungen des Gesundheitswesens sind für die Menschen da und nicht zur Generierung von Profiten zur Bereicherung einiger Konzerne!

Nicht erst die Corona-Pandemie zeigt, dass unser Gesundheitswesen längst selbst zum Intensiv-Fall geworden ist. Geholfen werden kann dem nur durch:

Sofortige, stattdessen auskömmliche **Finanzierung**

Rückführung von privatisierten Bereichen wie Reinigung, Versorgung, Wäsche in kommunale Hand

Verbot von Privatisierungen und Rückführung aller privatisierten Einrichtungen in kommunale Hand

Keine weiteren Schließungen von Krankenhäusern

Daseinsfürsorge gehört in die öffentliche Hand

Weiter braucht es eine bedarfsgerechte Personalausstattung für die Versorgung der Patient*innen, verlässliche Dienstpläne, kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne.

Dies würde viele aus dem Beruf geflüchtete Kolleg*innen zurückholen, die Attraktivität der Berufe im Gesundheitswesen erhöhen und so für Nachwuchskräfte sorgen.

Mit den jetzt angewandten Mitteln wie der Aufhebung der PersonalUNTERgrenzenverordnung, der Ausweitung der Arbeitszeit auf 12-Stunden-Schichten und verkürzten Ruhezeiten oder dem Weiterarbeiten von Corona-positiv getestetem Personal ohne Symptome auf Corona-Stationen, wird man das nicht schaffen.

Irgendwann haben auch die beklatschten Held*innen genug davon, dass die Misere des Gesundheitswesens weiter auf ihrem Rücken ausgetragen wird.

Helfen wir mit, die Kämpfe für Personalbemessung solidarisch zu unterstützen, es ist auch zu unserem eigenen Nutzen, denn irgendwann landet jede*r mal im Krankenhaus, in einer Alten- oder Pflegeeinrichtung und möchte dort Pflege, Achtsamkeit und Aufmerksamkeit bekommen.

Geld ist genug da, wir brauchen keine neuen Bomber, die atomwaffenfähig sind und keine Unterstützung von Konzernen, die mit den millionenschweren "Hilfsgeldern" unter dem Vorwand der Pandemie ihre schon lange geplanten Umstrukturierungs- und Rationalisierungspläne umsetzen und Beschäftigte zu Tausenden entlassen.



Gemeinsam kämpfen oder getrennt untergehen?



Seit Dezember 2020 fanden Tarifverhandlungen in der wichtigsten Industriebranche Deutschlands, der Metall- und Elektroindustrie statt. Dass dies keine gewöhnlichen Tarifverhandlungen sind, war von Anfang an klar. Wir befinden uns mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik die Konzerne haben bereits Massenentlassungen angekündigt, auch der Tarifabschluss im Frühjahr 2020 war, vorsichtig ausgedrückt, eher bescheiden.

Was sind die Forderungen?

Die IG Metall Tarifkommissionen haben folgende Forderungen beschlossen:

- Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitabsenkung mit Teillohnausgleich
- Eine Lohnsteigerung von 4 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Dieses Volumen steht auch für Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung zur Verfügung, etwa einen Teilentgeltausgleich bei Arbeitszeitabsenkungen.

- Angleichung der Arbeitszeiten Ost - West, also 35-Stunden-Woche auch in den ostdeutschen Bundesländern.
- Verbesserung der Übernahmesituation der Azubis und Dual Studierenden

Arbeitszeit runter doch wer bezahlt?

Es ist richtig, jetzt Arbeitszeitverkürzung zu fordern, denn warum sollen die einen entlassen werden während sich die anderen tot arbeiten. Auch richtig und seit vielen Jahren überfällig ist auch endlich in Ostdeutschland die 35-Stunden-Woche zu erkämpfen. Davon würden übrigens nicht nur die Beschäftigten in der Metall und Elektroindustrie profitieren, es könnte auch der Auftakt zu weiteren Kämpfen um eine Angleichung und Verkürzung der Arbeitszeiten sein. Doch das Wort Teillohnausgleich macht schon deutlich, die Beschäftigten sollen für die Arbeitszeitverkürzung zahlen und das, obwohl sie diese in den vergangen Jahren bereits durch gesteigerte Produktivität erarbeitet haben. Stattdessen braucht es einen vollen

Eigentümer, sondern die Beschäftigten erarbeitet haben, zahlen.

Angriffe der Konzerne

Doch die Konzerne blasen zum Angriff, so formulierte Oliver Barta, der Chef von Hessenmetall, in der FAZ "Nullrunde ist bereits ein Kompromiss" und machte damit deutlich: Die Kapitalisten wollen die ohnehin stattfindende Umverteilung von unten nach oben beschleunigen.

Konkreter wurde der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Stefan Wolf. Er hält die 35-Stunden-Woche für ein Auslaufmodell und will die Arbeitszeiten flexibilisieren: "...bei guter Konjunktur müsse mehr, bei schlechter weniger gearbeitet werden". Und auch Zuschläge sind ihm ein Dorn im Auge: "Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Schichtzulagen seien nicht mehr zeitgemäß". Seine Ausführungen machen deutlich, er will Beschäftigte, die ausschließlich für die Arbeit existieren, ständig flexibel sind, privates zurückstellen, Familie Familie sein lassen und nur dann Freizeit haben, wenn das dem Unternehmen gerade in den Kram passt und sich für dieses unmenschliche Leben dann auch noch brav bedanken, während er, seine Kumpanen und ihre Auftraggeber sich an ihnen mehr und mehr bereichern. Wie man auf die Idee kommen kann, bei solchen Gestalten von Sozialpartnerschaft zu sprechen, bleibt das Geheimnis derer die es täglich tun.

Was droht?

Bereits in vergangenen Tarifrunden war das Muster zu beobachten: Gesamtmetall geht auf Frontalangriff und fordert einen Horrorkatalog, die gesamte Tarifrunde dreht sich dann um die Abwehr dieses Horrorkatalogs und die Forderungen der IG Metall drohen in den Hintergrund zutreten. Das

Lohnausgleich. Die Konzerne müssen mit darf nicht zugelassen werden, insbesondeihren Profiten der letzten Jahre, die nicht die re die Forderung 35-Stunden-Woche auch in Ostdeutschland, aber auch die Frage der Übernahme nach der Ausbildung oder dem dualen Studium darf nicht dieses Schicksal erleiden, hier gilt es wachsam zu sein und klar zu machen: Wenn wir dies Forderungen durchsetzen wollen heißt das harte Auseinandersetzungen. Dabei müssen wir uns bewusst machen, Verhandlungen ohne Aktionen in den Betrieben sind ein Papiertiger. Durchsetzungsstark sind Gewerkschaften durch Streiks auch deswegen darf es nicht zu einem faulen Kompromiss vor Ende der Friedenspflicht kommen.

Solidarität ist notwendig

Diese Tarifrunde hat Signalwirkung für alle anderen Tarifverhandlungen in den nächsten zwei Jahren. Jeder, der dem Generalangriff der Unternehmer etwas entgegensetzen will, sollte solidarisch mit den KollegInnen der M&E sein.



8 BACKBORD 01/21 Arbeit | Interview

Geringverdiener sind die größten Verlierer der derzeitigen Krise.

Im November verzeichneten 53% der Beschäftigten mit einem Einkommen unter 1.500 € beträchtliche Einkommensverluste. Die Zahl nahm in den letzten Monaten stetig und deutlich zu. Bei einem Einkommen über 4.500.- € sind dies "nur" 33%. Die Schere klafft hier immer weiter auseinander. (Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 14.12.2020). Corona macht die Superreichen noch reicher. Die 10 Reichsten haben in der Coronazeit I/2 Billion US-\$ zusätzlich gescheffelt. Das ist mehr, als die Impfung für die gesamte Weltbevölkerung kosten würde.(Quelle: OXFAM, "Das Ungleichheitsvirus")

Intensiv betroffen in dieser Situation sind Minijobber. Hier rollt die Entlassungswelle besonders stark. Auch deshalb, weil für diese Gruppe der besonders ungeschützten Beschäftigten kein Kurzarbeitergeld beantragt werden kann. Im Juni 2020 gab es bereits 12% weniger Minijobber. Minijobs sind in der Hauptsache Frauenarbeitsplätze (2/3 der 4,6 Millionen Beschäftigten) vorwiegend angesiedelt im Gastgewerbe, sowie in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Bildung. Für diese Menschen besteht kein Rettungsschirm. Gleichzeitig wird sich die Situation in nächster Zeit voraussichtlich weiter verschärfen.

Ärmere Menschen sterben am häufigsten an COVID 19. Diese werden nicht nur weiter abgehängt. Nein, sie sterben auch deutlich früher. In einer ganz aktuellen Studie wurde gerade bestätigt, dass Arbeiterinnen in gering qualifizierten Berufen oder in Dienstleistungsbereichen ein höheres Risiko haben, an Covid-19 zu sterben. Dies hat eine Auswertung von Covid-19-Todesfällen in England und Wales, die vom britische Statistikamt ONS durchgeführt und nun ver-

öffentlicht wurde, ergeben. Die Ansteckung und Verbreiterung der Pandemie in Betrieben und Produktionsstätten, in denen viele Menschen zusammen arbeiten, aber auch in Pausen und bei den Anfahrten zusammen sind, wird aus bekannten Gründen kaum thematisiert, - geschweige denn konsequent bekämpft. Dazu gibt es nun einen Aufruf, der von fast 100.000 Menschen unterstützt wird und Druck machen soll. Im Aufruf heißt es u.a.: ,,..Wir brauchen sofort eine gemeinsame Strategie in Europa, um die Pandemie wirksam zu bekämpfen. Mit Impfungen allein ist der Wettlauf gegen die mutierte Virusvariante nicht zu gewinnen - erst recht nicht, wenn die Pandemiebekämpfung weiter aus aktionistischen Einschränkungen der Freizeit ohne Shutdown der Wirtschaft besteht. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sars-CoV-2-Infektionen sofort so weit verringert werden, dass jede einzelne Ansteckung wieder nachvollziehbar ist. Das entschlossene Handeln etlicher Länder hat gezeigt, dass es möglich ist, die Verbreitung des Virus zu beenden.."

Mehr erfahren und unterschreiben könnt ihr unter: zero-covid.org/



Für einen solidarischen europäischen Shutdown